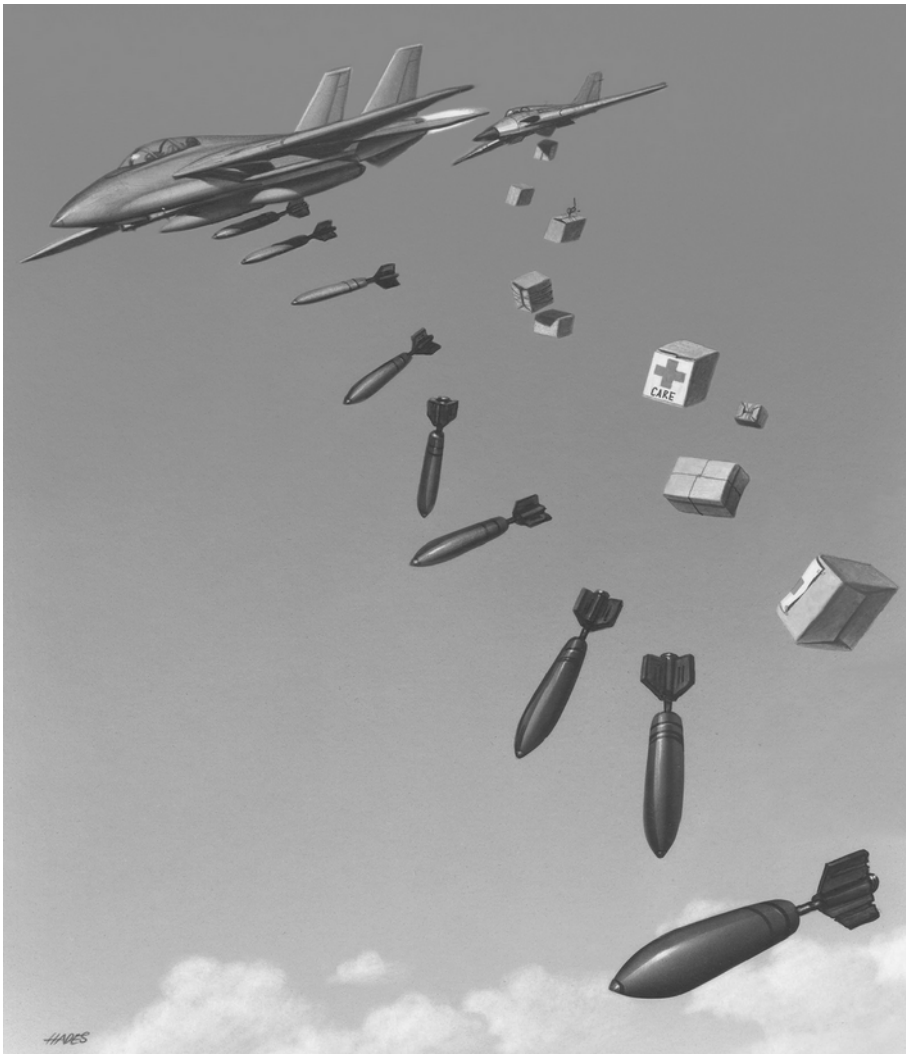
FRIEDENS JOURNAL

US-Politik in einer multipolaren Welt



Cartoon: Haderer (entnommen von Buch-Titelbild Thomas Roithner – siehe S. 14)

- Neue Konfliktfelder durch neue imperiale Gegensätze
- Die US-Lateinamerikapolitik unter Donald Trump
- Korea-Konflikt als Resultat andauernder US-Einmischung
- „No MUOS“ - Widerstand vor Ort und international

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Juli - August 2017/Nr. 4

Inhalt

SCHWERPUNKT

Neue Konfliktfelder durch neue imperiale Gegensätze 3

Die US-Lateinamerikapolitik unter Donald Trump 6

INTERVIEW

Korea-Konflikt als Resultat andauernder US-Einmischung 9

FRIEDENSBEWEGUNG

„No MUOS“ - Widerstand vor Ort und international 12

RUBRIKEN

Die Pueblo-Affäre 1968 11

Atomwaffen verbieten! 13

Buchbesprechung 14

Friedensnetz Baden-Württemberg 15

Kongress gegen Militärbasen 16

Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte 16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.7.2017

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.9.2017

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Weitere aktuelle Beiträge auf www.friedensratschlag.de

unter den Rubriken:

- Friedenspolitische Berichte und Analysen
- Standpunkte in der Friedensbewegung
- Medienkritik
- Videos

US-Politik in einer multipolaren Welt

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundesausschuss Friedensratschlag organisiert nicht nur den jährlichen „großen“ Friedensratschlag am ersten Dezemberwochenende, sondern trifft sich auch - meist zur Jahresmitte – zu Tagesseminaren über aktuelle Fragen, die für die weitere Orientierung und Aufgaben der Friedensbewegung von Bedeutung sind. In diesem Jahr ging es um eine Bewertung der neuen Unübersichtlichkeit, das Leben in unsicheren Zeiten, Kriegsdrohungen und die Rolle der Bundesregierung hierbei. Letzteres ist gekennzeichnet durch die Bierzeltrede von Angela Merkel Ende Mai mit dem prägnanten Satz: "Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei ...“ - unter direkter Anspielung auf die US-Politik unter Donald Trump, nach dem G7-Gipfeltreffen. Um diesen machtpolitischen Umbruch zu verstehen, muss man ansetzen beim Verständnis der gewandelten Rolle der USA in der Welt, die „nur“ militärisch noch dominierend ist. Bereits vor 5 Jahren hatten wir für das Friedensjournal als Titelüberschrift gewählt: „USA – Imperium im Niedergang“. Bei dem o.g. Tagesseminar konnte André Leisewitz die globalen Verschiebungen der ökonomischen Kräfteverhältnisse darstellen, die nicht nur einen schleichenden – keinen abrupten – Niedergang der USA aufzeigen, sondern der Triade USA, EU und Japan. Dieses ist ein Schlüssel zum Verständnis neuer Machtansprüche und Kriegsdrohungen.

Das Referat von André Leisewitz ist deshalb einleitend in redaktionell bearbeiteter Fassung abgedruckt. Dem schließt sich nahtlos ein Beitrag von Achim Wahl an, der als ausgewiesener Experte die Perspektiven der US-Lateinamerikapolitik beleuchtet. Hierbei geht es auch um die praktischen Konsequenzen neuer ökonomischer Stärken, wie z.B. die zunehmende Präsenz Chinas in Lateinamerika und die Entwicklung Brasiliens zur Regionalmacht und einer daraus entstehenden Konkurrenz zu den USA.

Zum neuen weltpolitischen Konfliktherd entwickeln sich die Auseinandersetzungen um Nordkorea. Bereits in der letzten Ausgabe haben wir dieses mit einem Beitrag über den De-facto-Atomwaffenstaat behandelt. Aber auch hier ist ein Rückgriff auf die geschichtliche Entwicklung notwendig, in der es vor allem um die Rolle der USA in diesem Konflikt geht. Wir haben deshalb den Ostasien-Experten Rainer Werning befragt, der in unserem Interviewbeitrag dieses auch in sehr kompakter Form darstellt. Eine wesentliche Rolle spielen hierbei auch die US-Militärstützpunkte in Fernost, nämlich auf Okinawa und in Südkorea. Gegen beide gibt es regional erheblichen Widerstand.

Dieses gilt auch für andere Militärbasen, wie z.B. auf Sizilien. Die dort vorhandene Bewegung „No MUOS“, die für einen Entmilitarisierung Siziliens eintritt, erhält den diesjährigen Aachener Friedenspreis, weshalb wir einen Beitrag hierüber aufgenommen haben.

Der weltweite Widerstand gegen Militärbasen ist ein hoffnungsvollen Signal für die Friedensbewegung. Deshalb bleibt zu hoffen, dass bei dem im Rahmen der anstehenden Aktionstage „Stopp Air Base Ramstein“ stattfindenden Kongress über weltweite Militärbasen an die bereits früher mal vorhandene weltweite Vernetzung von regionalen Initiativen angeknüpft und diese weiter entwickelt werden kann.

Auf die erfolgversprechenden UNO-Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen haben wir bereits in der letzten Ausgabe hingewiesen. Dieses ist ein sich abzeichnender Erfolg der internationalen Friedensbewegung. In einer kürzlich veröffentlichten Umfrage im Auftrag der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) haben sich 75 Prozent der Befragten für eine Beteiligung der deutschen Bundesregierungen an den entsprechenden UNO-Verhandlungen in New York ausgesprochen.

Dieses muss von uns am Hiroshimatag und vor allem im anstehenden Bundestagswahlkampf thematisiert werden.

Die Redaktion

Neue Konfliktfelder durch neue imperiale Gegensätze

von André Leisewitz, Redaktion der Zeitschrift Z

Der nachfolgende Beitrag ist die gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Tagesseminar des Bundesausschusses Friedensratschlag vom 24.6.2017.

Die großen sozialen, politischen, geopolitischen und kriegerischen Konflikte in der Welt, die wir gegenwärtig erleben, hängen mit den sich schon seit längerem vollziehenden Verschiebungen in den ökonomischen, politischen und militärischen Kräfte- und Machtverhältnissen zusammen, die sich zwischen den alten und neuen, auf- und absteigenden Zentren der weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben.

Kräfteveränderungen in der Weltwirtschaft

Ein entscheidendes Charakteristikum der ungleichmäßigen Entwicklung der Weltwirtschaft in den letzten 45 Jahren ist das sehr unterschiedliche Wachstum in den entwickelten kapitalistischen Ländern einerseits und den Schwellen- und Entwicklungsländern andererseits (d.h. den sog. „ökonomisch sich entwickelnden Staaten“ in der Terminologie der UNCTAD).

Während das Pro-Kopf-Wachstum des BIP in den entwickelten kapitalistischen Ländern rückläufig ist, ist es in den Schwellen und Entwicklungsländern mit Ausnahme der Dekade 1980-1990 ansteigend und stabil auf deutlich höherem Niveau, seit 2000 etwa viermal so hoch wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Die Imperialismustheorie ging in der Vergangenheit zumeist davon aus, dass die neokolonial ausgebeuteten und abhängigen Länder keine Chance einer solchen Wachstumsdynamik hätten. Die tatsächliche Dynamik vieler dieser Länder ist deshalb ein neues Phänomen.

Der Vergleich der Anteile der beiden großen Weltregionen – entwickelte kapitalistische Länder auf der einen Seite, Entwicklungs- und Schwellenländer auf der anderen Seite – am Weltprodukt für die Eckjahre 1970 und 2014 (in diese Periode fallen die beiden großen Weltwirtschaftskrisen von 1974/75 und ab 2007) auf Basis von Kaufkraftparitäten zeigt:

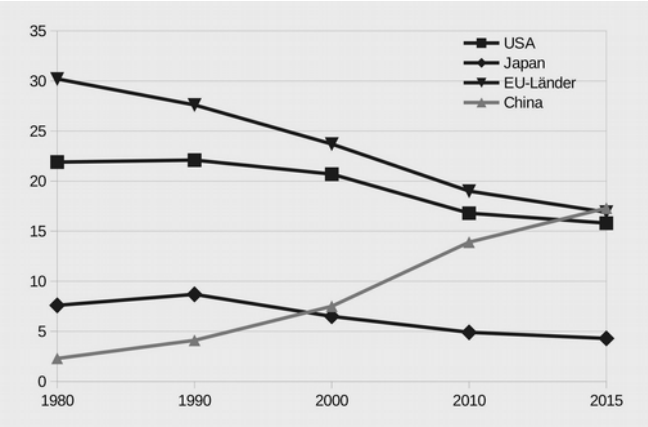
Das Kräfteverhältnis kehrt sich zwischen 1980 und 2015 um.

Es liegt grob gerechnet 1980 bei etwa 3:2, 2015 bei 2:3.

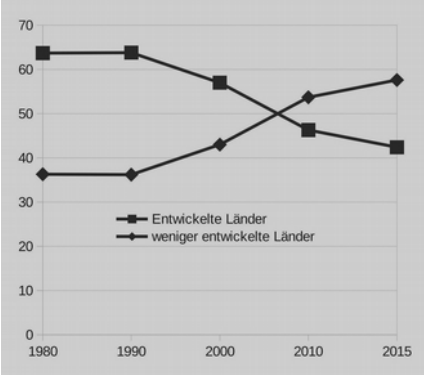
Der entscheidende Umbruch vollzieht sich bei dieser Betrachtung in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts.

Der Rückfall der Triade-Zentren im Zeitraum 1980 bis 2015 ist für Japan (annähernd Halbierung des Anteils am Weltprodukt) und Europa (fast Halbierung) noch ausgeprägter als für die USA (Verlust von einem Drittel seines Anteils).

Entscheidend ist der Aufstieg der asiatischen Schwellenländer, deren Anteil am Weltprodukt sich mehr als verdoppelt, insbesondere aber Chinas, dessen Anteil sich im Zeitraum 1980 bis 2015 verachtfacht.



Anteile am Welt-BIP in % zu Kaufkraftparitäten nach IWF-Daten. Grafiken: Friedensjournal



Die Machtzentren nach dem Bruch von 1990

Der Fall der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers 1989/1990 war ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, auch mit Blick auf die Fragen von Krieg und Frieden.

Die USA gingen nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Auflösung der bipolaren Konstellation vom „unipolaren Moment“ aus – der Vorstellung, als einzige Weltmacht den Globus zu dominieren und nach ihren Vorstellungen gestalten zu können.

Der amerikanische Macht-Theoretiker Joseph S. Nye (1994/1995 stellvertr. Außenminister unter Clinton) konstatiert: Die USA waren die einzige Militärmacht mit globaler Reichweite; ihr Rüstungshaushalt war so groß wie der aller anderen Staaten zusammen; sie hatten eine führende Stellung in der Informatik und digitalen Revolution inne; ihr wirtschaftliches und kulturelles Übergewicht war „drückend“.

Die Vorstellung von der „unipolaren“ Globalkonstellation veranlasste die USA sofort, zur „Neugestaltung“ der postsozialistischen Welt überzugehen.

Der zweite Golfkrieg (Januar-April 1991) war der erste dieser Neuordnungskriege. Die Europäer beteiligten sich teilweise mit Truppen; die BRD übernahm „in freundschaftlicher Verbundenheit“ 15 - 20% der Kosten.

Der seinerzeitige Staatssekretär im Pentagon Paul Wolfowitz erklärte 1991 nach dem zweiten Golfkrieg:

„Ich denke, dass wir noch fünf bis zehn Jahre Zeit haben, um unter den alten sowjetischen Klientelregimen aufzuräumen – Syrien, Iran, Irak. Bis dann die nächste Supermacht auf den Plan tritt und uns Grenzen setzt.“

Das war das Programm des „regime-change“. Der dritte Golfkrieg (2003) stand insofern schon lange auf der Agenda. Wolfowitz war während des dritten Golfkriegs stellv. Verteidigungsminister der USA und für jene Entscheidungen im Irak verantwortlich, die zum Aufstieg des IS geführt haben.

Brzezinskis „Drehbuch“ von 1997 in der heutigen Welt

Die Eindämmung Russlands und die Verhinderung eines erneuten Aufstiegs Russlands zu einer Weltmacht

spielten in den US-Neuordnungsvorstellungen nach 1990 eine zentrale Rolle.

Die Vorstellungen, die Brzezinski 1997 in „The Great Chessboard“ entwickelt hat, stellen ein „Drehbuch“ dar, das in vieler Hinsicht umgesetzt worden ist:

Dazu gehört die Einbindung der „erst vor kurzem in die Freiheit entlassenen postkommunistischen Staaten Mitteleuropas einschließlich der baltischen Republiken, Weißrusslands und der Ukraine“ in EU und NATO.

Hierbei komme Deutschland im Rahmen der EU eine besondere Führungsrolle zu. Deutschland sei in Europa nicht länger der politische Juniorpartner Frankreichs, sondern „automatisch die unbestreitbar erste Macht in Westeuropa und – vor allem wegen seiner beträchtlichen Beitragszahlungen zur Unterstützung der wichtigsten internationalen Institutionen – sogar teilweise eine Weltmacht“.

Weiterhin konstatierte Brzezinski 1997:

Die Ukraine werde „schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen [EU und NATO] werden möchte“ und es könne „der Westen – während er seine Sicherheits- und Wirtschaftskontakte mit Kiew weiter ausbaut – schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Verständnis von „Unabhängigkeit“ der Ukraine und dass dieser Zeitplan ihrer Einbeziehung in EU und NATO von Russland als Bedrohung empfunden werden musste.

Die USA in einer multipolaren Welt

Chuck Hagel, der damals scheidende US-Verteidigungsminister, erklärte 2014, das „unipolare Moment“ sei längst vorbei. Das „historische Zeitfenster“, das den USA größeren Handlungsspielraum nach dem Ende der Sowjetunion ermöglichte, habe sich wieder geschlossen.

Das hatte schon 2008 zu einer Wende im militärpolitischen Verhältnis der USA zur EU mit Blick auf den Aufbau eines EU-Militärapparates geführt. In Europa war klar, dass die USA ohne die EU und deren Osterweiterung ihre Eindämmungspolitik gegenüber Russland nicht würden vorantreiben können. Dies führte auch zu der offiziellen Erklärung der BRD 2014, mehr militärische Verantwortung zeigen zu wollen (siehe auch SWP-Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ in 2013).

All dies ist das Eingeständnis, dass wir es heute mit einer multipolar strukturierten Welt zu tun haben, in der die aufgestiegenen Länder des Südens, insbesondere China, eine gewichtigere und in Ostasien zunehmend auch militärische Rolle spielen.

Russland artikuliert in zunehmenden Maße seine geostrategischen Interessen und dieses auch mit militärischen Druckmitteln, wie zuletzt im Syrienkrieg.

Die USA haben nach wie vor eine ökonomisch sehr starke und eine militärisch absolut dominierende Rolle, sind aber nicht mehr in der Lage, je nach gusto ihre Interessen alleine oder mit selbstverständlicher gegebener Bündnistreue ihrer Alliierten durchzusetzen.

Die EU bzw. EU-Länder spielen nun eine auch militärisch eigenständigere Rolle, wie im Libyen-Krieg 2011 und in den Afrika-Einsätzen.

Neue imperiale Gegensätze und Gemeinsamkeiten

Die USA sind nach wie vor das mit Abstand ökonomisch, politisch und militärisch stärkste kapitalistische Land. Trotz der bestehenden großen Wirtschaftsprobleme kann von einem Niedergang im Sinne eines drohenden abrupten Abstiegs nicht die Rede sein.

Dies zeigen Kriterien wie der Anteil an Forschungsaufwendungen, an Patentanmeldungen, an Direktinvestitionen im Ausland ebenso wie die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Profitabilität.

Das gilt auch für die Wirtschaftsentwicklung der USA in den letzten Jahren nach der Weltwirtschaftskrise 2007, aus der sie im Vergleich zu den anderen Triademächten eher besser herausgekommen sind.

Dazu kommt: Die USA sind ein Land mit einem sehr großen, der EU vergleichbaren Binnenmarkt. Ihre Außenhandelsquote (Importe plus Exporte im Verhältnis zum BIP) als Ausdruck der Außenverflechtung ist mit 23% (2014) viel niedriger als die etwa der BRD (70%), Chinas (41%) oder Russlands (39%). Für die USA-Entwicklung hat deswegen der Außenhandel nicht die Bedeutung, wie etwa für die exportstarke und exportabhängige BRD.

USA: Durch Globalisierung und im Inneren geschwächt

Die USA gehören aber, wie die anderen Triade-Mächte EU und Japan auch, zu den relativen Verlierern der Globalisierung der letzten Jahrzehnte, wenn der Anteil am Weltprodukt als allgemeinste Kennziffer zugrunde gelegt wird. In den letzten zehn Jahren (nach der großen Wirtschaftskrise) ist der Anteil der Triade am globalen BIP von über 44 auf 36% zurückgegangen, der Anteil der BRICS-Länder hingegen von 23 auf 31% gestiegen.

Die Situation und die Stimmung im Inneren der USA sind gekennzeichnet durch

1. langandauernde, sehr teure, durchaus verlustreiche und de facto erfolglose Kriege (Afghanistan, Irak)

2. den durch Deindustrialisierung, soziale Polarisierung, Rationalisierung und Arbeitsplatzverluste und die Weltwirtschaftskrise angestiegenen sozialen Druck.

Daraus ist seit längerem eine Stimmung gewachsen, die Josef Braml, USA-Spezialist der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, schon 2012 so beschrieb:

„Immer mehr Amerikaner leiden unter der prekären wirtschaftlichen Lage und fragen sich, ob es nicht besser wäre, die Probleme im eigenen Land zu lösen und das internationale Engagement entsprechend zurückzufahren. Aufgrund des steigenden innenpolitischen Drucks wird die Weltmacht versuchen – unter anderem auch über multilaterale Instrumente wie die NATO und neue regionale Zusammenschlüsse in Asien – , die Lasten der ‚weltweiten Verantwortung‘ auf ihre Alliierten abzuwälzen.“

Damit wurde schon die Trump-Konstellation beschrieben, die also keines-

wegs so neu und überraschend ist, wie angenommen.

Eskalierende Wirtschaftskriege

Bei den mit Sanktionen und Sanktionsdrohungen geführten Wirtschaftskriegen geht es um das Aushandeln bzw. Durchsetzen günstigerer Konditionen. Die dabei genannten Prinzipien wie „Freihandel“ oder „Protektionismus“ haben ideologischen Charakter für die Gewinnung von Massenrückhalt, was auch Wirkung zeigt, wie bei dem neuerlichen Merkel-Hype ersichtlich.

Die Bereitschaft auf beiden Seiten, die TTIP-Verhandlungen erneut aufzunehmen, ist gegeben – wobei die USA als Bedingung nennen, dass damit ihr Handelsdefizit gegenüber Deutschland reduziert, bzw. der deutsche Exportüberschuss in die USA abgebaut wird.

Dass es überhaupt nicht um Prinzipien, sondern um Konzern-Interessen geht, zeigt sich umgekehrt auch in der Abschottungspolitik der BRD gegenüber chinesischen Unternehmensübernahmen und ebenso in der jüngsten Verschärfung von sogenannten Antidumping-Regeln durch das EU-Parlament gegenüber China.

Die FAZ kommentierte die Forderung nach Strafzöllen, die das Handelsdefizit mit China reduzieren sollen:

„Dabei verfolgen die Europaabgeordneten im Umgang mit China einen durchaus mit demjenigen von Trump vergleichbaren Kurs.“

Hier geht es um die Aufweichung von chinesischen Kapitalverkehrskontrollen, die die Wirtschaftssouveränität Chinas garantieren sollen.

Ein aktuelles Beispiel von eskalierenden Handelskriegen sind auch das neue US-Gesetz, das ein Vorgehen gegen europäische Unternehmen erlaubt, die Energiegeschäfte mit Russland betreiben. Dahinter dürften die Exportinteressen der USA in Sachen Flüssig-Erdgas und - seit dem Fracking-Boom - Öl stehen.

Massive Aufrüstung sowohl in der EU wie in den USA

Die EU-Staaten werden den verschärften Forderungen der USA nach Erhöhung der Rüstungsausgaben nachkommen, was sich bereits in der BRD abzeichnet.

In diesen Kontext gehört das Diskussionspapier zur „europäischen Verteidigung“ der Europäischen Kommission, wonach die EU bis 2025 über eine schlagkräftige und leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfügen soll mit dem Ziel einer „strategischen Autonomie“.

Die USA setzen ihrerseits unter Trump auf weitere Aufrüstung. Der erste Haushaltsentwurf sah für 2018 eine Steigerung des Rüstungshaushalt um 3 Mrd für Heimatschutz und 54 Mrd. US-Dollar für militärische Rüstung vor – ein „Hard-power-Budget“, mit dem der Präsident „ein sehr deutliches Signal an unsere Verbündeten und unsere möglichen Gegner senden (will), dass sie es mit einer Regierung mit starker Macht zu tun haben“, so der Budget-Direktor des Weißen Hauses im März 2017.

Insofern geht, bei konfrontativen Elementen in der Militärpolitik zwischen USA und EU, die Entwicklung in die gleiche Richtung: Aufrüstung, stärkere Interventionsbereitschaft („größere Verantwortung“).

In allen Bereichen birgt die Tendenz zu Aufrüstung und zunehmender Interventionsbereitschaft in wachsendem Maße die Möglichkeit einer direkten Konfrontation zwischen den USA, der NATO und Staaten der EU gegenüber ihren weltpolitischen Kontrahenten Russland und China.

Dies zeigt sich gegenwärtig in Syrien bei den Auseinandersetzungen um die politische Gestaltung des öl- und gasreichen Ost-Syriens.

Dies könnte zugleich im pazifischen Ostasien der Fall sein, dem geopolitische Raum, auf den die USA bereits seit Obama und verstärkt unter Trump ihr Augenmerk richten.

Dazu passt, dass der derzeitige US-Handelsdirektor Navarro ein Buch mit dem programmatischen Titel „Death by China: Confronting the Dragon“ verfasst hat. Darin geht es um vor allem protektionistische Mittel, um den Aufstieg Chinas, das für den Abstieg der USA verantwortlich sei, zu stoppen.

Proteste gegen NATO-Gipfel in Brüssel

Mehr als 12.000 Demonstrierende zogen am Mittwoch, [den 24.5.2017] in einer bunten, jungen, vielfältigen, imposanten und lauten Aktion durch die Stadt. Stundenlang zog sich diese ausdrucksvolle Friedensschlange durch die Straßen Brüssels, vielfältig die Bilder, die Transparente, die Puppen und die selbstgemalten Plakate. Musikalisch und laut war die Aktion, international gestaltet. Viele Länder, viele Slogans, eine beeindruckende Atmosphäre. Überall halte ein „nein zur NATO“ durch die Straßen, keine weitere Aufrüstung war die verbindende Losung einer Demonstration von Friedensbewegten, GlobalisierungskritikerInnen, Frauenbewegten und UmweltschützerInnen – einer breiten Koalition des Widerstandes, die aus ganz unterschiedlichen politischen Quellen gespeist wird.

Quelle: no-to-nato.org

Foto: Demo in Brüssel am 24.5.2017 - Quelle: Arbeiterfotografie

Die US-Lateinamerikapolitik unter Donald Trump

von Achim Wahl

Nach den ersten Monaten der Präsidentschaft Donald Trumps zeichnet sich Kontinuität der Politik der neuen US-Administration gegenüber Lateinamerika ab. Allerdings werden einige neue Akzente gesetzt. Die von Trump postulierte protektionistische Politik richtet sich vor allem gegen das Nachbarland Mexiko und kann auch Auswirkungen für Lateinamerika mit sich bringen. Grund für Befürchtungen gibt es über das zukünftige Verhältnis der USA zu Kuba, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua.

Quelle: redcomunismo.blogspot.de

Lateinamerika – der "traditionelle Hinterhof" der USA

Die USA waren gezwungen, sich auf die Entwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika einzustellen. Die Regierung unter Präsident Barack Obama agierte im Sinne der von Joseph Nye entworfenen Linie der "smart power" (intelligente Macht), so in dem Ende 2015 begonnen Normalisierungsprozess der Beziehungen zu Kuba, dem Friedensprozess in Kolumbien und der Haltung gegenüber großen Ländern, wie zum Beispiel zu Brasilien, um sie als Alliierte zu gewinnen oder sie zumindest zu neutralisieren, um eine weiter gehende Eigenständigkeit zu verhindern.

Diese Politik der "intelligenten Macht" stützte sich auf die militärische Präsenz der USA mit 70 Militärbasen auf dem lateinamerikanischen Kontinent, die traditionell engen wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere den Abschluss von Freihandelsverträgen mit einzelnen Ländern, die Tätigkeit von US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen wie National Endowment for Democracy (NED), Students for Liberty und Institutionen wie USAID sowie die Tätigkeit von Geheimdiensten, unter anderem der NSA.

Von der "smart power" zur "hard (stupid) power"?

Die Strategie des Unilateralismus, die von allen letzten US-Präsidenten präferiert wurde, war verbunden mit wachsenden Ausgaben für die Aufrechterhaltung der militärischen Dominanz der USA. Angesichts des Einflussverlustes wurde eine Debatte ausgelöst, in der die von Zbiegniew Brzezinskisi vertretenen Thesen auch in den Wahlkampfreden Trumps eine Rolle spielten.

In seinem 1971 erschienen Buch "Zwischen zwei Zeiten – Die Rolle der USA in der digitalen Ära" (Between two Ages) schreibt Brzezinski, dass die Zeit der Neu-Ausbalancierung der Welt gekommen sei und eine neue politische globale Ordnung eines trilateralen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Japan, Europa und den USA erforderlich ist. Trumps Politikansätze weisen auf eine Vertiefung der kapitalistischen Globalisierung in einer Situation der Schwächung des Systems und auf Umverteilung und Neuformierung der Kräfte hin. Es stellt sich die Frage, welche Rolle Lateinamerika in dieser neuen politischen globalen Ordnung für die USA spielen soll.

Lateinamerikanische Kommentatoren gehen in ihren Analysen der Politik der neuen US-Administration gegenüber Lateinamerika von einem direkten Einfluss einiger von Brzezinski vertretenen Thesen, unter anderem der des "konstruktiven Chaos" aus. Beispielhaft bezieht Brzezinski sich auf den in Mexiko tobenden Drogenkrieg, wodurch das Land einem "failed state" gleicht, das heißt sich im Zustand eines "konstruktiven Chaos" befindet. Es bestehe so die Gefahr von starken Anti-USA-Bewegungen und damit der Notwendigkeit, Mexiko stärker unter Kontrolle zu nehmen.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet erinnert die Entwicklung in Venezuela stark an die Durchsetzung dieses Konzeptes. Die politische Instabilität bietet die Möglichkeit, dieses "konstruktive Chaos" auszunutzen.

Gemessen an der von Trump gewählten Sprache, seinen politischen Auslassungen und seinen ersten politischen Maßnahmen spricht der kubanische Historiker Elier Ramirez Canedo von einem Übergang von der "smart power"- Politik Obamas zur "hard power" oder "stupid power" Politik Trumps.

Ein aktueller Blick auf Lateinamerika macht deutlich, dass vor allem Folgen für die Wirtschaft und den Außenhandel, die Haltung der USA zu Migranten, die politische Instabilität in Venezuela, die weitere Entwicklung der Beziehungen der USA zu Kuba, der Friedensprozess in Kolumbien und das Drogenproblem im Fokus der US-Politik stehen werden.

Mexiko

Mexiko stand sowohl im Wahlkampf wie auch sofort nach Amtsantritt Trumps im Mittelpunkt seiner "Kritik": Mexiko sei auf der Basis des Nafta-Vertrages wirtschaftlich bevorteilt und die Migration sei Teil der Probleme, die die USA belasten.

Für Mexiko, das seit 1992 Mitglied des Freihandelsvertrages Nordamerikas (USA, Kanada, Mexiko) ist, beweisen wirtschaftliche Indikatoren, dass der Vertrag im Wesentlichen negative Auswirkungen aufweist: kein Industrialisierungseffekt, billige Arbeitskräfte, Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und Exportplattform für die USA (90 Prozent produzierter Autoteile/Pkw gehen in die USA).

Bisher reagierte die mexikanische Regierung auf die Angriffe sehr defensiv. Die Beunruhigung der mexikanischen Unternehmenselite beruht auf der Ungewissheit, ob Trump den Nafta-Vertrag neu verhandeln oder aufkündigen wird. Trump demütigte Präsident Enrique Peña Nieto mit der Drohung, US-Truppen an die mexikanisch-amerikanische Grenze zu schi-

cken, um Mexiko zu zwingen, die von Trump angekündigte Mauer zu bauen.

Venezuela

Der Historiker Juan Eduardo Romero, Leiter des Forschungszentrums für politische strategische Studien, beschreibt die Situation in Venezuela als "katastrophales Patt", das die Existenz der Regierung von Präsident Nicolás Maduro durch eigene Schwächen bedroht, unter anderem durch die versuchte Ausschaltung des Parlaments durch einen Gerichtsbeschluss, durch die schlechte wirtschaftliche Lage und durch destabilisierende Aktionen der radikalen Opposition.

Trumps neuer Außenminister Rex Tillerson machte deutlich: "Wir arbeiten mit der OAS zusammen, um in Venezuela eine Verhandlungslösung zu einem demokratischen Übergang zu suchen".

Beispielhaft für diese politische Zielstellung verlief die Tagung des Ständigen Rates der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) am 23. März 2017 in Washington, der einige Länder (Bolivien, Venezuela, Nicaragua) aus Protest fernblieben, aber 21 von 34 Mitgliedern die politische Krise in Venezuela zum Anlass nahmen, gegen Maduro vorzugehen. Zur Debatte stand eine Resolution, die eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas vorsieht. Diese wurde per Akklamation angenommen.

Begleitet wurde dieses Szenarium im Rahmen der OAS mit einer Information des Chefs des Südkommandos der USA, Admiral Kurt Tidd, an das Komitee für militärische Angelegenheiten des Senats. Nach Tidd stellt Venezuela einen "destabilisierenden Faktor" in der Region dar, was durch "die sich verschärfende humanitäre Krise eine regionale Antwort erfordern könnte". Darüber hinaus warnte er vor dem "russischem, chinesischem und iranischen Einfluss in der Region", der eine Gefahr für die Interessen der USA in Lateinamerika darstelle.

Mit der Trump-Administration wächst die Gefahr einer militärischen Intervention in Venezuela. Im Moment, da die Welt auf die verschärfte Lage in Syrien schaut, ist eine militärische Aktion seitens der USA in Lateinamerika nicht ausgeschlossen.

Venezuela steht auch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Trump-Administration, da es um die Erdölvorräte des Landes geht. Exxon-Mobil hat laut Tillerson – damals noch als Chef des Konzerns – Interesse an der Ausbeutung eines Erdölvorkommens an der venezolanisch-guyanischen Grenze.

Kuba

Schon während des Wahlkampfes erklärte Trump seine Ablehnung der Politik Obamas gegenüber Kuba, die dieser im Dezember 2014 mit einer schrittweisen Veränderung der Politik gegenüber Kuba begonnen hatte. Er erklärte die "Öffnung" gegenüber Kuba als "schandhafte Annäherung an die Tyrannen, die nur die Militärdiktatur festigt" und "Wir unterstützen das Recht der Kubaner, sich vom Kommunismus zu befreien."

Die kubanische Regierung reagierte ihrerseits besonnen und zurückhaltend auf die Angriffe gegen Kuba. Präsident Raúl Castro erklärte im Januar 2017 auf der 5. Tagung der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (Celac) in Santo Domingo die Bereitschaft seines Landes, den Dialog mit den USA weiter zu führen und die begonnene Kooperation unter Beachtung unterschiedlicher Positionen fortzusetzen.

Lateinamerikanische Kommentatoren vermuten, dass versucht wird, mit "Demokratieentwicklung" die kubanische Regierung zu schwächen und Kuba in Lateinamerika zu neutralisieren. Nicht zu verkennen sind auch US-Unternehmerinteressen in Kuba, da mit der Normalisierung sich auch geschäftliche Beziehungen entwickelten.

Die Existenz linksgerichteter Regierungen und Bewegungen, die sich nicht im Sinne der strategischen Linie der USA bewegten, ist ein wesentlicher Ausgangspunkt für Trumps Losung "Machen wir Amerika wieder groß". Das erinnert die Lateinamerikaner an die historischen Erfahrungen mit der Politik des "Big stick" und der Monroe-Doktrin "Amerika den Amerikanern", die durch die Trump-Administration eine Wiederbelebung erfahren könnten. Eine neue Welle politischer Destabilisierung und ökonomischer Probleme ist nicht auszuschließen. Im besonderen Maße wird sich diese Politik auch gegen die Integrationsbestrebungen der lateinamerikanischen Länder wie Union südamerikanischer Nationen (Unasur), die Bolivarische Allianz (Alba) und Celac richten.

Als "Hinterhof" hatte Lateinamerika historisch betrachtet immer eine außerordentliche Bedeutung für die USA, das heißt, es war immer Hinterland, Rohstofflieferant, dem US-Kapital untergeordnet, politisch abhängig und quasi eine "friedensberuhigte Zone".

Die offenkundige Orientierungslosigkeit der mexikanischen Elite erstreckt sich auf die Eliten ganz Lateinamerikas. Gegenwärtig reagieren sie mit pragmatischen Handlungen, sind aber nicht in der Lage, eigene politische Alternativen zu präsentieren. Es setzt sich der Zerfallsprozess des Wirtschaftsbündnisses Mercosur fort. Es dominiert die Tendenz, Freihandelsverträge zum Beispiel mit der Europäischen Union abzuschließen. Argentinien und Brasilien versuchen, mit China ins Gespräch zu kommen, ohne zu bedenken, dass sie im Falle eines Handelskrieges USA-China harte Folgen einkalkulieren müssen. Beide setzen sie weiter auf den Export von Rohstoffen.

Ausbau der neoliberalen Front mit Brasilien und Argentinien

Nach der Niederlage linksgerichteter Regierungen in Argentinien und Brasilien hat sich eine neue neoliberale Front in Lateinamerika gebildet. Die Folge ist eine veränderte geopolitische Situation, was sowohl den Druck auf andere Länder, wie auf Venezuela erhöht als auch die bisher erreichten sozialen Errungenschaft in Frage stellt und sie gänzlich beseitigt werden. Mauricio Macri in Argentinien und Michel Temer in Brasilien haben sich beeilt, entsprechende Signale in Richtung Washington zu senden, die eine bewusste Unterordnung unter die Interessen der USA ankündigten.

Brasiliens De-facto Präsident Temer erklärte, dass die USA ein bedeutender Handelspartner Brasiliens sind. Brasilien sei zugleich nicht Mexiko, sodass er glaube, dass sein Land in der Politik

Trumps eine "zentrale Rolle in Lateinamerika spielen" werde. Für diese Regierung sind die Beziehungen zu den USA prioritär, wobei vor allem kommerzielle Interessen und die Zusammenarbeit auf militärischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet im Vordergrund stehen. Auch wird es stark um die Ausbeutung der Erdölvorkommen vor der Atlantikküste Brasiliens gehen. Die Temer-Regierung hat erste Schritte eingeleitet, um die von der Regierung der Arbeiterpartei getroffenen Maßnahmen zur Nutzung des Erdöls im nationalen Sinne rückgängig zu machen.

Ausbau der militärischen Präsenz der USA in Lateinamerika

Aufbauend auf die Konzession der Macri-Regierung zum Ausbau von US-Militärbasen in Ushaia und im Dreiländerdreieck Argentinien, Brasilien und Paraguay, können die USA die Kontrolle im Südatlantik einschließlich des Zugriffs auf die Antarktis und auf die Wasserreserven des Guarani-Reservoirs verstärken. Die Präsenz Englands auf den Malvinen garantiert einen NATO-Stützpunkt im Südatlantik. Übereinstimmend wird von Kommentatoren befürchtet, dass Trump die Militarisierung in Lateinamerika vorantreibt und eine Politik des Interventionismus realisieren wird.

Drohende Gefahren für Lateinamerika

Trump ist der neuen Rechten sehr willkommen und wird durch seine nationalistische und rassistische Politik ein direkter Partner sein. Das Wiederaufkommen einer neuen Rechten in Lateinamerika richtet sich gegen Transformationsprozesse, die von linksgerichteten Regierungen und Bewegungen angestrebt wurden. Ein Beispiel dafür war der kürzlich in Ecuador ausgetragene Wahlkampf, in dem die Rechte mit allen Mitteln versuchte, den Sieg des Kandidaten der Partei Alianza País, Lenín Moreno, zu verhindern. Der Sieg Morenos, des Nachfolgers des bisherigen Präsidenten Rafael Correa, ist ein positives Signal für die progressiven Kräfte des Kontinents.

Schon von der Obama-Administration unterstützt, wurde noch im Jahr 2016 im US-Kongress der sogenannten Nika-Act beschlossen, der sich gegen die Regierung Daniel Ortegas in Nicaragua richtet. Danach wollen die USA in internationalen Finanzgremien keinen Finanzkrediten für Nicaragua zustimmen. Nun fordern Abgeordnete des US-Kongresses eine Verschärfung dieses Gesetzes. Die neue Version fordert von der Ortega-Regierung "substantielle Schritte für die Erneuerung der Demokratie, Kampf gegen Korruption, die Einhaltung der Menschenrechte und die freie Zulassung politischer Parteien der Opposition", womit es möglich ist, sich unmittelbar in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas einzumischen.

Mit den neokonservativen und neoliberalen Kräften werden Gewalt und Unterdrückung zunehmen. Der Kapitalismus wird in seiner vom US-Kapital abhängigen Form neue Mittel der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen suchen.

Mit der Erneuerung der Vorherrschaft der USA in Lateinamerika erhält das Problem der Ausschaltung möglicher regionaler Konkurrenten eine neue Ausrichtung, um starke, lästige Konkurrenten brasilianischer Herkunft zu eliminieren. Durch die Aufdeckung großer Korruptionsfälle im Zusammenhang mit dem halbstaatlichen Erdölunternehmen Petrobras in Brasilien gelang es der US-Justiz unter aktiver Beihilfe brasilianischer Staatsanwälte, dieses Unternehmen in bedeutende wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen.

In erstaunlicher Weise haben sich nationale Eliten diskreditiert, was auch linke Kräfte und Bewegungen betrifft. Besonders für diese Kräfte stellt das eine herbe Niederlage dar und es wird viel Zeit beanspruchen, um diese Rückschläge zu überwinden. An deren Stelle könnten Kräfte treten, die ihren negativen Einfluss auf die lateinamerikanischen Gesellschaften ausweiten (u.a. die Evangelikalen). Nicht auszuschließen ist auch eine Zunahme sozialer und gesellschaftlicher Unzufriedenheit, die sich in neuen Formen politischen Protestes äußern kann.

China in Lateinamerika

Bekannt ist, dass China eine bedeutende ökonomische Ausweitung seiner Aktivitäten erreichte. Besonders die linksgerichteten Regierungen profitierten von dieser Entwicklung.

Mit dieser Entwicklung ist China zu einem ernsten Konkurrenten der USA herangewachsen.

Ausgehend von den Positionen, die China in Lateinamerika geschaffen hat, ist zu vermuten, dass Präsident Trump, wenn er seine Aussagen während des Wahlkampfes wahrmacht, eine Offensive gegen die Präsenz Chinas in Lateinamerika einleiten wird. Die Frage wird sein, wer sich auf den Märkten Lateinamerikas durchsetzen kann. Nach Trumps Vorankündigungen wird es darum gehen, dass die USA verlorenes wirtschaftliches Terrain wiedergewinnen wollen.

Verschärft sich die Politik Trumps in Bezug auf China, könnte für eine Reihe Länder erheblicher Druck entstehen, weniger mit China zu handeln und den USA mehr Vorteile zu bieten. Nicht nur Brasilien, sondern zahlreiche Länder Lateinamerikas befinden sich in einer Phase der Ungewissheit: Sind sie in der Lage, eine pragmatische Politik der Weiterführung getroffener Vereinbarungen mit China aufrecht zu erhalten oder müssen sie dem Druck der USA nachgeben und ihre Beziehungen zu China zurückfahren? Ein wesentlicher Teil unternehmerischer Sektoren hält eine Vertiefung der Beziehungen zur EU und zu asiatischen Ländern, besonders zu China, für erforderlich und auch eine Annäherung an das chinesische Projekt der Asien-Gemeinschaft sowie die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den BRICS (Brasilien Russland, Indien, China, Südafrika) für sinnvoll. Wird, wie vorausgesagt wird, der Dollar ansteigen, bringt das China sichtliche Vorteile für seine Exporte.

Unter diesen Gesichtspunkten wird sich die Auseinandersetzung USA – China im Wesentlichen um die entscheidenden Positionen (Rohstoffe, wirtschaftlicher Einfluss) in Lateinamerika und im Pazifischen Raum drehen.

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Artikels der zunächst am 30.5.2017 auf der Online-Plattform amerika21 erschienen ist.

Korea-Konflikt als Resultat andauernder US-Einmischung

Interview mit Rainer Werning

FJ: Wie wird die Rolle der USA in Südkorea von denjenigen Menschengesehen, bei denen noch der Korea-Krieg im Bewusstsein präsent ist?

Ältere Menschen haben sicher eine Wahrnehmung von den USA als Schutzmacht und werden darauf verweisen, dass nur durch deren Protektion sich das Land quasi in Zeitraffermanier von einem ärmlichen Agrarland in einen der weltweit höchstindustrialisierten Staaten entwickelte. Als Architekt dieses „Wirtschaftswunders am Han-Fluss“ wird noch immer zuerst der Name Park Chung-Hee angeführt, der Vater der erst vor wenigen Wochen mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagten Expräsidentin. Park Chung-Hee diente einst als Offizier unter den japanischen Kolonialherren, putschte sich Anfang der 1960er Jahre an die Macht und herrschte bis 1979, von Washington vorbehaltlos unterstützt, als Militärdiktator mit eisener Faust.

FJ: Und wie sieht es mit der jüngeren Generation aus, die mit der von Ihnen genannten Entwicklung groß geworden sind?

Diese sind kosmopolitischer eingestellt als die alte Kriegsgeneration, wesentlich offener und weniger konfrontativ, was das Verhältnis zum Norden, der Demokratischen Volksrepublik Korea, betrifft. Im Vergleich zu früheren Generationen haben sie größere existenzielle Ängste und Sorgen zu durchstehen. Eine automatische Karriere nach erfolgreichem Abschluss einer halbwegs renommierten Universität ist nicht programmiert. Ungesicherte und in wachsendem Maße auch prekäre Jobs bzw. Arbeitsbedingungen nehmen zu. Sie verabscheuen es besonders, wenn sich unter solchen Bedingungen Repräsentanten der alten politischen Garde schamlos bereichern und Korruption – wenn überhaupt – als Petitesse ansehen. Das erklärt auch die Massendemonstrationen seit dem Oktober letzten Jahres, in deren Folge die Park-Tochter ihres Amtes enthoben wurde – ein rundum ebenso erfolgreiches wie friedlich inszeniertes Unterfangen!

Vergessen wir schließlich nicht, dass jenseits von Generationenproblemen die USA seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Südkorea die bestimmende politische wie militärische Macht im Lande waren und es bis heute geblieben sind. Bis zur Staatsgründung im August 1948 hatte eine direkt vom US-Militär geführte Regierung das Sagen in Seoul und danach tanzten südkoreanische Politiker bei Strafe ihres Untergangs zur Pfeife Uncle Sams. Auch unter dem neuen Präsidenten Moon Jae-In ist noch nicht ausgemacht, ob es ihm gelingt, einen genuin selbstbestimmten Kurs zu steuern. Bis dato jedenfalls fällt es schwer zu unterscheiden, wo südkoreanische Innenpolitik aufhört und eine US-dominierte Außen- und „Sicherheitspolitik“ beginnt.

FJ: Inwiefern sind Politik und Bevölkerung in Nordkorea durch die geschichtliche Entwicklung nach 1945 geprägt?

Dort hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Rote Armee das Sagen, die letztlich ihr Gewicht für Kim Il-Sung in die Waagschale warf, wenngleich Kim nur einer unter vielen Partisanen war, die zuvor gegen das japanische Kolonialjoch gekämpft hatten. Die Sowjetunion hielt sich weitgehend aus den innenpolitischen Entwicklungen im Norden heraus. Deren Legitimation und jene der Gruppe um Kim Il-Sung war nach der erfolgreich durchgeführten Land- und Agrarreform im Frühjahr 1946 ungleich größer als im Süden, wo die Regierung vom Kainsmal gezeichnet war, Kollaborateuren und Reaktionären eine neue Heim- und Wirkstätte verschafft zu haben.

Der als Bürgerkrieg begonnene und schrittweise internationalisierte erste heiße Konflikt im Kalten Krieg, der Koreakrieg (1950-53), bildete eine Zäsur mit bitteren, bis heute andauernden Konsequenzen. Während dieses Krieges wurde der Norden von der US-Luftwaffe in einer Weise verwüstet, dass sich damals Offiziere „beklagten“, dass es dort partout keine Ziele mehr gäbe! In Nordkorea setzten US-Truppen auch flächendeckend Napalm und bakteriologische Waffen ein – als „Testfall“ für spätere Einsätze in Vietnam, Laos und Kambodscha. In Nordkorea ist bis heute eine „Bunkermentalität“ ausgeprägt., während Washington ebenfalls bis heute unter dem „Pueblo-Syndrom“ leidet.

Eine denkbar schlechte Ausgangsposition, um ein halbwegs gesittetes Miteinander zu praktizieren. Während Washington Nordkorea als „ideellen Gesamtschurken“ betrachtet, sieht sich Pjöngjang im Gegenzug von einer atomaren Supermacht bedroht, die nichts anderes als einen weiteren „regime change“ im Schilde führt.

Entsprechend setzt deshalb die nordkoreanische Nomenklatur seit langem knallhart und gemäß systemimmanenter Logik – und sehr rationalem Kalkül folgend! – auf eine Politik, die dem Leitgedanken folgt: Wenn wir schon international nicht als Freund geachtet, so wollen wir wenigstens als Feind auf Augenhöhe geächtet werden. Eingedenk des nunmehr bereits über eineinhalb Jahrzehnte währenden „Krieges gegen den Terror(ismus)“ mit solch’ verheerenden „kollateralen Landschäden“ wie Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen und Libyen eine ebenso nachvollziehwie berechenbare Politik – mit der Option auf den Besitz eines „größtmöglichen Abschreckungspotenzials“ als deren Eckpfeiler.

Was dringend not tut, sind endlich Direktgespräche zwischen den Antagonisten, anstatt immer größere Drohkulissen aufzutürmen. Die Crux bei alledem hat Donald P. Gregg, ein alter CIA-Fuchs und US-Botschafter in Seoul von

1989 bis 1993 vor Jahren mit Blick auf die Nordkorea-Politik US-amerikanischer Präsidenten so zusammengefasst: „Nordkorea zeugt von der längsten ‚failure of US intelligence'. Washington hat keine konsistente Nordkorea-Politik, sondern nur eine Haltung dem Land gegenüber – nämlich Hass".

FJ: Welche Einmischungen in die Innenpolitik Südkoreas und die Versuche zu konstruktiven Beziehungen mit Nordkorea gab bzw. gibt es in der jüngsten Geschichte?

Die fortwährenden, von den jeweiligen südkoreanischen Regierungen tolerierten US-Großmanöver sowie die fortgesetzte Stationierung von GIs auf südkoreanischem Boden gelten aus nordkoreanischer Sicht als permanente Bedrohung. Pjöngjang zog daraus für sich die Konsequenz, alledem ein ambitioniertes Atom- und Raketenprogramm entgegenzusetzen.

Die bittere Ironie bestand darin, dass in Seoul ein Jahrzehnt lang (von 1998 bis 2008) eine „Sonnenscheinpolitik" vis-à-vis Pjöngjang praktiziert wurde, die allerdings von der (w)irren unilateralen Machtpolitik eines George W. Bush konterkariert wurde. Danach waren in Südkorea ausgesprochene Hardliner in Amt und Würden, während sich die Obama-Administration in „strategischer Geduld" übte.

Mit Blick auf das heutige Südkorea ist der neue Präsident Moon Jae-In das Beste, was dem Land in diesem Jahr passieren konnte. Moon schwebt nicht nur eine Neuauflage der früheren „Sonnenscheinpolitik" vor, um so das Verhältnis zum Norden zu entkrampfen. Er hat auch kein Hehl aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem US-amerikanischen Raketenabwehrsystem THAAD gemacht. Momentan drängt aber Washington auf die komplette Installierung des THAAD, wobei nicht ausgemacht ist, wer letztlich in dieser wichtigen Frage obsiegt. Bedeutsam ist der Ausgang schon deshalb, weil sich die VR China durch THAAD bedroht sieht – im Übrigen trifft das auch auf Russland zu – und bereits mit Sanktionsmaßnahmen gegen Seoul für wirtschaftliche Einbrüche und eine Drosselung von Touristenbesuchen in Südkorea beitrug.

Last but not least: Seit der Staatsgründung 1948 stützt sich Südkorea auf das anachronistische „Nationale Sicherheitsgesetz" (NSG), das – zwar mehrfach modifiziert – noch immer als Keule gegen alle wirkt, die sich „unbefugt" mit dem Norden befassen oder dorthin Reisen unternehmen. Der National Intelligence Service (NIS), der mit Argusaugen über eben dieses NSG wacht, ist quasi ein Staat im Staate oder „deep state", dessen Auflösung bis dato nicht durchgesetzt werden konnte. Auch da bleibt abzuwarten, ob und inwieweit Moon und seiner Regierung ein Durchbruch gelingt.

FJ: Wie stark ist der Widerstand in Südkorea gegen die Stationierung des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems THAAD? Was ist von dem neuen Präsidenten zu erwarten?

Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass der lokale und regionale Widerstand ungebrochen bleibt. Sollten die USA erneut selbstherrlich ihre „Macht der Arroganz" ausspielen, wie der frühere Senator James William Fulbright ein solches Gebaren seiner Regierung in den 1960er Jahren genannt hatte, könnte sich das zu einem brenzligen Innenpolitikum auswachsen.

Screenshot aus Video über Protest in Südkorea gegen die THAAD-Stationierung, Quelle: Reuters TV

FJ: Wie stellt sich das historisch stark belastete Verhältnis von Südkorea zu Japan dar?

Stark vereinfachend kann man dazu sagen: Nach zwei siegreichen Kriegen gegen China (1894/5) und das zaristische Russland (1904/05) war Japan zur neuen imperialen Macht in Ostasien avanciert. Die geografische Nähe, militärstrategische Kalküle sowie der Ressourcenreichtum der koreanischen Halbinsel führten dazu, dass Korea 1905 ein Protektorat und fünf Jahre später eine Kolonie Japans wurde. Die 36-jährige Herrschaft des militaristischen Japan über Korea wurde mit brutaler Gewalt exekutiert. Systematische Verschleppung von Koreanern nach Japan und ihr dortiger Einsatz als Arbeitssklaven, die Zwangsrekrutierung von Koreanerinnen für japanische Militärbordelle in Ost-, Südostasien und im Pazifik sowie eine die feinsten kapillarischen Verästelungen von Gesellschaft und Kultur durchdringende Kolonialpolitik sollten aus Korea ein Klein-Japan machen. Die Kolonialpolitik ging so weit, dass Koreaner ihre Namen zu japanisieren hatten und Japanisch als Unterrichts- und Amtssprache durchgesetzt wurde.

Dieses koloniale Vermächtnis wirkt bis in die Gegenwart hinein, was vor allem die koreanischen Zwangsprostituierten – die euphemistisch sogenannten „comfort women" – betrifft. Südkoreas neuer Präsident Moon Jae-In hat das selbst in einer Rede vor dem Parlament in Seoul Mitte Juni bekräftigt.

FJ: Weltweit Beachtung gefunden hat der Widerstand der Bevölkerung auf Okinawa gegen die dortige US-Präsenz. Welches sind hierfür die wichtigsten Ursachen?

Der Widerstand auf Okinawa hat sich bereits seit langem formiert und artikuliert, da sich beispielsweise die U.S. Marine Corps Futenma Air Station und die Kadena Air Base in dichtbesiedelten Gebieten befinden. Überdies hat die Präfektur Okinawa das „Pech", als Heimstätte von über der Hälfte der in Japan stationierten GIs gemacht worden zu sein. Davon abgesehen, dass Okinawa etwa drei Viertel des

von US-Truppen in ganz Japan okkupierten Terrains ausmacht. Lärm, Umweltzerstörung, Übergriffe gegen die dortige Zivilbevölkerung sowie die vor Jahren erfolgte Entführung und Vergewaltigung eines 12-jährigen Schulmädchens durch drei US-Militärangehörige haben eine Stimmung erzeugt, die es dem im November 2014 gewählten Gouverneur der Inselgruppe, Takeshi Onaga, erleichtert, mit Vehemenz die Verlagerung von US-Stützpunkten außerhalb Okinawas zu fordern.

Die Bewohner Okinawas fühlen sich von Tokio als Bürger zweiter Klasse behandelt, deren Belange nicht ernstgenommen werden. Immerhin war Okinawa seit dem 15. Jahrhundert als Königreich Ryukyu unabhängig, bis es 1609 vom japanischen Satsuma-Clan gewaltsam erobert und 1879 offiziell als Präfektur Japans eingegliedert wurde. Aufgrund seiner geostrategischen Lage dient Okinawa, das die USA nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt hielten und erst 1972 wieder an Japan zurückgaben, als vorgeschobener Brückenkopf, von dem aus die See- und Flugrouten nach Korea, Taiwan oder den Philippinen signifikant kürzer und schneller sind.

FJ: Zurück zu Südkorea. Ist der dargestellte Widerstand auf Okinawa mit dem gegen die U.S. Marine Corps Base Gangjeong in Südkorea vergleichbar?

Was die südkoreanische Insel Jeju betrifft, so hat vor allem die Bevölkerung in und um die Ortschaft Gangjeong an der Südküste Front gegen die Errichtung einer Marinebasis Front gemacht. Seit dem Herbst 2010 ist diese Region zunehmend militarisiert worden. Hieß es vor Jahren seitens der südkoreanischen Behörden, die neue Marinebasis diene als Herzstück der eigenen Verteidigung, übt heute Washington Druck aus, den Stützpunkt für die US-Marine zu nutzen. Geplant ist, in Gangjeong auch die USS Zumwalt, den größten und teuersten für die US-Marine jemals gebauten Zerstörer, ankern zu lassen. Um so „eine nordkoreanische Aggression abzuwehren“, wie es Anfang dieses Jahres Admiral Harry B. Harris jr., Oberbefehlshaber des auf Hawaii beheimateten U.S. Pacific Command, formulierte. An dieser Stelle empfehle ich die Lektüre des vom langjährigen Journalisten Donald Kirk veröffentlichte Opus Okinawa and Jeju: Bases of Discontent (New York 2013: Palgrave Macmillan).

Alle hier skizzierten Entwicklungen und Trends verweisen auf regionale Konfliktlinien und innerimperialistische Rivalitäten rings um das Südchinesische Meer. Von Manila bereits vor Jahren in Westphilippinische See umbenannt, ist diese Region nicht nur ein Zankapfel zwischen der VR China, Japan und den USA, sondern auch unter den Ländern des Zehnstaatenbunds der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen).

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Ost- und Südostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Regionen. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema – darunter das zusammen mit Song Du-Yul verfasste Buch Korea: Von der Kolonie zum geteilten Land (Wien 2012: Promedia Verlag) – und nach Lehraufträgen an Universitäten u.a. Landesanalyse-Dozent für (Nord-)Korea an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ – Bad Honnef).

Die Pueblo-Affäre 1968: Eine tiefe, nie verwundene Schmach

von Rainer Werning

Seit Ende des Koreakrieges ist Nordkorea für die Vereinigten Staaten von Amerika geblieben, was es für sie stets war - »das Böse« schlechthin. Die US-Regierung sieht in der Volksrepublik nicht nur einen »Schurkenstaat«. Anfang 2002 erklärte Präsident George W. Bush das Land sogar als Teil einer »Achse des Bösen« - neben Irak und Iran. Cineastisch sorgte der James-Bond-Film »Stirb an einem anderen Tag« dafür, dass dieses Feindbild intakt blieb. In diesem Streifen wird Nordkorea als Verbündeter eines Möchtegernweltherrschers dargestellt. Bond wird dort gefangen genommen und gefoltert. Die USA, konterte prompt die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA, wollten das Land »absichtlich verspotten und beleidigen«. Tatsächlich seien die USA ein »Reich des Bösen«, das Hauptquartier für die - so wörtlich - »Verbreitung von Abnormität, Degeneration, Gewalt, korrupter Sexkultur« und von »moralischer Lepra« befallen.

Am 23. Januar 1968 hatten nordkoreanische Patrouillenboote das US-amerikanische Schiff »USS Pueblo« vor der Küste Nordkoreas aufgegriffen, die gesamte 83-köpfige Besatzung gefangen genommen und sie der Spionage bezichtigt. Die Pueblo, erklärte die Regierung in Pjöngjang, sei innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone aufgegriffen worden und somit unrechtmäßig in nordkoreanisches Terrain eingedrungen.

Demgegenüber sprach die US-Regierung vom Kapern der Pueblo.

Zwölf Tage zuvor, am 11. Januar 1968, hatte die Pueblo, ein von der U.S. Navy für ihre Zwecke umgebautes Frachtschiff, den Hafen im japanischen Sasebo verlassen. Im Ostmeer, das die Japaner das Japanische Meer nennen, sollte es routinemäßige Erkundungstrips durchführen und für US-Marine und NSA ozeanographische Daten sammeln - so die offizielle Darstellung.

Für die US-Marine jedenfalls bedeutete die »Affäre« eine herbe Schlappe. Mit der Pueblo nämlich fielen den Nordkoreanern strategisch sensible Daten in die Hände, die es unter anderem der mit ihnen befreundeten Sowjetunion ermöglichte, nachrichtendienstlich relevante Kodes zu knacken. Kapitän Bucher und seine Crew wurden von nordkoreanischer Seite gezwungen, ein Schuldeingeständnis zu unterschreiben, was Pjöngjang in den Medien weidlich ausschlachtete.

Während in den USA die Stimmen lauter wurden, die auf Rache sannen und einen Militärschlag gegen Nordkorea befürworteten, setzte die damalige US-Administration unter Präsident Lyndon B. Johnson auf eine politisch-diplomatische Lösung des Konflikts. Gegenüber Pjöngjang räumte die US-Regierung ein, die Pueblo habe die Hoheitsrechte der Volksrepublik verletzt und entschuldigte sich dafür.

Nach fast einjähriger Gefangenschaft in Nordkorea kehrte die Besatzung der »USS Pueblo« an Heiligabend 1968 in ihre Heimat zurück.

"No MUOS" - Widerstand vor Ort und international

von Aachener Friedenspreis e.V.

No MUOS ist eine sizilianische Bewegung gegen Militarismus, die für eine Entmilitarisierung Siziliens mit seinen zahlreichen US- und NATO-Stützpunkten und insbesondere für eine Schließung der sich auf einem US-Militärstützpunkt befindlichen Radar- und Sendeanlagen des neuen Satellitenkommunikations-Systems Mobile User Objective System (MUOS) kämpft. No MUOS kritisiert, dass das Satellitenkommunikations-System MUOS mit seinen Überwachungs- und Aufklärungstechnologien sowohl den Weltfrieden als auch die Umwelt und die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung bedroht.

No MUOS formierte sich 2009 aus den ersten Protesten gegen das geplante neue Satellitenkommunikations-System. An der ersten Demonstration 2011 beteiligten sich bereits mehrere hundert Menschen. Ein Jahr später, am 30. März 2012, waren es schon 20.000. No MUOS genießt großen Rückhalt in der Bevölkerung und wehrt sich seither mit zahlreichen Protestformen gegen die italienischen, US-amerikanischen und NATO-Militärstrukturen auf Sizilien, die sowohl in Kriegseinsätze als auch in die tödliche EU-Migrationspolitik eingebunden sind. Sie wehren sich dagegen, Sizilien als Vorposten einer hochtechnologisierten Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeeres auszubauen und treten stattdessen für Frieden und Völkerverständigung ein, wollen das Mittelmeer als einen lebendigen Raum des Austauschs erhalten.

No MUOS organisiert regelmäßig Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenblockaden, Streiks, Informationskampagnen und Aktionen des zivilen Ungehorsams, bei denen AktivistInnen in das Gelände eindringen und die Antennen der Kommunikationsanlage besetzen. Darüber hinaus geht No MUOS auch mit gerichtlichen Schritten auf unterschiedlichen Ebenen gegen die Aktivierung des MUOS vor und schafft mit Filmen, Büchern, Musik und Fotografie-Ausstellungen zu den Militärstrukturen eine antimilitaristische Öffentlichkeit.

Durch ihre intensiven Recherchen zur militärischen Rolle der auf Sizilien verorteten Technologien und Strukturen visualisiert die Bewegung No MUOS die Überwachungs- und Aufklarungstechnologien, die essenziell in der modernen Kriegsführung und Migrationsabwehr sind. Getreu dem Motto „Krieg beginnt hier!" zeigen sie, von welchen Anlagen die Funktionstüchtigkeit der jeweilige Militärapparat abhängt und wie verletzlich dieser ist, sobald sich vor Ort organisierter Protest etabliert.

Was neben der militärischen Bedrohung viele No MUOS-AktivistInnen zur Teilnahme an den Protesten antreibt, ist auch die Sorge um ihre Gesundheit und den Fortbestand des berühmten Korkeichenwaldes von Niscemi. Das von der Militärbase ausgehende starke elektromagnetische Feld beeinträchtigt laut einer wissenschaftlichen Studie der Universität Turin tatsächlich die Gesundheit der AnwohnerInnen, das Ökosystem und die Qualität der Agrarprodukte. So ist unter anderem eine deutliche Zunahme von Schilddrüsen- und Hodenkrebs sowie Leukämie und anderen alarmierenden Krankheiten bei der örtlichen Bevölkerung zu verzeichnen.

Was ist MUOS und worum geht es?

MUOS, das Satellitenkommunikations-System, ist ein zentraler Eckpfeiler der modernen weltweiten Kriegführung und als solcher für die weltweiten Einsätze der USA und ihrer NATO-Verbündeten von entscheidender Bedeutung. Die Radar- und Sendeanlage der umzäunten US-amerikanischen Naval Radio Transmitter Facility-8 (NRTF-8) und das 2017 aktivierte Satellitenkommunikationssystem MUOS befinden sich nahe der rd. 30.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Niscemi im Südosten Siziliens. MUOS ermöglicht die Kommunikation nicht nur der Kriegsschiffe und U-Boote im Mittelmeerraum, sondern zwischen allen militärischen Einheiten der Boden-, Luft- und Seestreitkräfte weltweit und ist damit ein zentrales Kriegsinstrument, nicht zuletzt im Rahmen der Automatisierung von Kriegen, sprich des zunehmenden Einsatzes von Drohnen.

Niscemi ist zusammen mit Kojarena (Australien), Northwest Chesapeake (Virgina/USA) und Wahiaw (Hawaii) Teil eines globalen Kommunikationsnetzwerks, das vier Satelliten (und einen Ersatzsatelliten) verbindet und die netzwerkzentrierte Operationsführung der USA und ihrer Verbündeten weltweit ermöglicht. Die Kosten des Systems betragen mindestens 7,4 Mrd. Dollar. Die Datenübertragungskapazität, die in der heutigen Form der Kriegsführung eine zunehmend wichtige Rolle spielt, soll durch MUOS gegenüber dem bisher genutzten System um das Zehnfache gesteigert werden. Diese Erhöhung der Kapazitäten wird insbesondere durch den zunehmenden Einsatz unbemannter Flugkörper nötig. MUOS soll durch die Beschleunigung der Datenübertragung die Lenkung und Kontrolle von Drohnen verbessern und somit ihre Einsatzfähigkeit als Kampf- oder Überwachungsdrohnen ausweiten.

Diese hochentwickelte Technologie wird auch vermehrt zur Migrationskontrolle an den EU-Außengrenzen genutzt. Drohnen werden u.a. vom Grenzüberwachungssystem EUROSUR und von der EU-Militärmission EUNAVFORMED im Kampf gegen Schmuggler verwendet. Zur Rettung Schiffbrüchiger tragen sie hingegen offensichtlich wenig bei, wie die (offizielle) Zahl von 5.083 ertrunkenen MigrantInnen 2016 der IOM unterstreicht. Im Gegenteil zwingt die stark militarisierte Migrationskontrolle, die ihre Überwachungskapazitäten stetig erhöht, die MigrantInnen zu immer riskanteren Strategien der Mittelmeerüberfahrt mit oft tödlichen Folgen.

Gemeinsam gegen die Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeers!

Es ist mehr als bemerkenswert, dass sich in einer strukturschwachen Region wie dem Südosten Siziliens, wo darüber hinaus mit den militärischen Infrastrukturen durchaus zu-

sammenhängend verschiedene Mafiaorganisationen aktiv sind, eine derart starke zivilgesellschaftliche Protestbewegung wie No MUOS formiert.

In diesem Jahr, 2017, sieht sich No MUOS überdies mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: seit Ende 2016 ist das MUOS operativ, obwohl noch das Urteil des Gerichts Caltagirone zur unrechtmäßigen Bautätigkeit aussteht. Bisher wurden für das Jahr 2017 Gerichtsprozesse gegen mehr als 126 AktivistInnen angekündigt und die im Laufe der Zeit erstandenen finanziellen Kosten erschweren der Bewegung momentan ihre weitere Entwicklung.

Öffentliche Aufmerksamkeit, Anerkennung und Solidarität werden No MUOS helfen, mit der zunehmenden staatlichen Repression umzugehen und sich weiterhin mutig für eine Demilitarisierung Siziliens und des Mittelmeers einzusetzen. Von zentraler Bedeutung ist es auch, europaweit zu unterstreichen, dass die Vergrenzung und Militarisierung des Mittelmeers nicht dem Willen der dortigen Bevölkerung – ob an den Nord- oder an den Südküsten entspricht.

Ein Aktivist erklärt zu recht: „Dies ist nicht nur unser Kampf, sondern der von allen!“ Was No MUOS braucht, ist internationale Solidarität und internationale Öffentlichkeit. Denn der Kampf, den No MUOS vor Ort führt, ist ein Kampf, den sie stellvertretend für uns alle führen, die wir uns gegen die zunehmenden Kriegseinsätze wehren wollen. Die vielfach als „humanitäre Einsätze“ verklärt werden, in Wahrheit aber neben hegemonialen Interessen keinem anderen Zweck als der der Rohstoff- und Energiesicherung dienen.

Foto: Demo am 13.3.2013 vor Ort, Quelle: flickr.com

Die Verleihung des Aachener Friedenspreises ist ein wichtiges Zeichen zur Stärkung der Gruppe durch ebenjene Solidarität und Öffentlichkeit und ebenso ein wichtiges Signal im Kampf gegen das MUOS und die damit einhergehende zunehmende Entfesselung von Kriegen.

Weitere Infos:
www.aachener-friedenspreis.de

Atomwaffen verbieten!

Stellt sich die UN einem neuen atomaren Wettrüsten in den Weg? - von Angelika Wilmen, IPPNW (Auszug)

Die Argumente der Bundesregierung, ein Atomwaffenverbot würde den Atomwaffensperrvertrag schwächen und Abrüstung könne nicht gegen den Willen der Atomwaffenstaaten durchgesetzt werden, überzeugen nicht. Ein Atomwaffenverbot wirkt auch dann, wenn die Atomwaffenstaaten sich nicht beteiligen. Endlich wären alle Waffen verboten, die unterschiedslos Menschen töten und darauf abzielen, katastrophalen Schaden anzurichten. Atomwaffen würde die Legitimität abgesprochen. Sie ständen auf der gleichen rechtlichen Stufe wie Bio- und Chemiewaffen, die bereits verboten sind.

Regierungen, die in dem Verbotsprozess eine Schlüsselrolle spielen wie beispielsweise Österreich verfügen über Erfahrung mit Abrüstungsverträgen. So kam der völkerrechtliche Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen auf Initiative eines österreichischen Diplomaten ebenfalls gegen den Willen der Besitzerstaaten zustande. Die Konvention trat 1999 mit 40 Ratifizierungen in Kraft. Bis heute wurde sie von 162 Staaten unterzeichnet.

Der Erfolg des Ottawa-Prozesses wäre nicht möglich gewesen ohne die Internationale Kampagne zur Ächtung von Landminen, die für ihr Engagement mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Ähnlich lief es mit der Streumunition, die seit 2008 verboten ist.

Auch das Argument der Bundesregierung, ein Atomwaffenverbot könne den Atomwaffensperrvertrag schwächen, überzeugt nicht. Denn seit der unbefristeten Verlängerung dieses Vertrags 1995 stehen die multilateralen Verhandlungen über eine nukleare Abrüstung still. In letzter Zeit haben die Präsidenten der USA und Russland sogar erklärt, dass sie ihre ohnehin übergroßen Nuklearwaffenarsenale noch vergrößern und verstärken wollen. Ein Atomwaffenverbot könnte den Vertrag also eher retten als schwächen. […]

Der Boykott der Verhandlungen durch die Bundesregierung spricht dafür, dass Deutschland sich die Option der „nuklearen Teilhabe“ aufrecht erhalten will, was nach Absatz 2a des Artikels 1 des Verbotsvertragsentwurfs untersagt wird. Die US-Atomwaffen in Büchel in der Eifel müssten also abgezogen werden, bevor Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen könnte. [...]

Quelle: Rubikon (14.6.2017)

Österreich zwischen Neutralität und EU-Militarisierung

Märkte, Macht und Muskeln: Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union - von Thomas Roithner, Morava Wien 2017, 129 S., 12,99 €.

Thomas Roithner, Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Uni Wien, gehört zu jener Handvoll ausgewiesener Friedensforscher in Österreich, die sich der kritischen Friedensforschung verpflichtet fühlen. Sein Blickwinkel ist geprägt durch eine Besonderheit der Alpenrepublik, die hierzulande kaum zur Kenntnis genommen wird: Seit dem Staatsvertrag von 1955, der dem Land den Abzug der Besatzungstruppen und die Souveränität sicherte, ist die Republik Österreich neutral. Zugleich ist sie aber seit 1995 Mitglied der EU. Hieraus ergeben sich besondere Bedingungen, die wegen des Neutralitätsgebots dem Land Raum für die Entwicklung innovativer Sicherheitskonzepte schaffen, zugleich aber auch einen Spannungsbogen aufbauen zwischen dem formalen Status des Landes und jenen Kräften, die an westliche Sicherheitsstrukturen andocken wollen.

Der vorliegende Band fasst zahlreiche journalistische Arbeiten zusammen, die in den vergangenen drei Jahren in österreichischen und internationalen Medien erschienen sind. Unmissverständlich macht er klar, dass Friedensforschung als normative, der Suche nach Frieden verpflichtete Disziplin zu verstehen ist, die mehr sein muss als „akademische Fingerübung“. Die Aufsätze sind thematisch gegliedert und behandeln vor allem zwei miteinander eng verbundene Schwerpunkte: Der Europäischen Union und der Entwicklung des Neutralitätsverständnisses der Republik Österreich. Gerade letzteres versteht er nicht nur formaljuristisch, sondern inhaltlich, wenn er sich auf den österreichischen Völkerrechtler Manfred Rotter beruft, der Neutralität definiert als „im Kern Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung“.

Im Zentrum der Arbeiten steht die Analyse des europäischen Projekts und des Verhältnisses Österreichs zur EU. Wenn, wie immer proklamiert, die Europäische Union eine Friedensmacht sein will, „muss sie sich auf den Weg von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik machen“ (S. 47). Dies heißt nichts anderes, als dass den vorliegenden Erkenntnissen der Konfliktforschung endlich Beachtung geschenkt werden muss: Es kann nicht darum gehen, Frieden durch Abschreckung zu sichern, sondern durch die Bekämpfung der Konfliktursachen. Sie verortet Roithner in der Wirtschafts-, und Außenhandelspolitik der Union wie in ihrem zunehmenden Interventionismus. Folgerichtig kritisiert er die auch in Österreich stattfindende Versicherheitlichung der Politik, die auch dort in allen Politikbereichen stattfindet. Dass diese Konzepte letztlich den Ordnungsvorstellungen (und den Interessen) der militärischen Eliten folgen, ist die eine, unübersehbare Seite der Medaille, dass „Versicherheitlichung“ zum Paradigma politischen Denkens und gesellschaftlichen Handelns wird, die andere.

Für Österreich bedeutet dies die Aushöhlung des Neutralitätsgebots als normatives Staatsziel. So verweist Roithner zu Recht auf die schleichende Militarisierung nicht nur im Denken sondern auch im Handeln, wenn er die Teilnahme der Alpenrepublik an den Militäreinsätzen der EU im Tschad oder im Kongo kritisiert, weil sie zwar als humanitäre Interventionen und Akte der Solidarität mit (dem sich militarisierenden) Europa präsentiert werden, aber dem Konzept der „Friedensmacht Europa“ diametral widersprechen, weil sie nicht mehr die Konfliktursachen in den Blick nehmen, die zu verorten sind in Rüstung, Armut und ungerechten Wirtschaftsbeziehungen. Dass darüber die friedensstiftende Rolle bestehender internationaler Organisationen wie vor allem der UN aber auch der OSZE in den Hintergrund geraten, ja in offiziellen Dokumenten und Reden kaum mehr Erwähnung finden, gehört gewissermaßen zur – absichtsvollen? – Begleiterscheinung solcher Art betriebener faktischer wie moralischer Aufrüstung.

Ein bescheidenes, zu einem Mehr aufforderndes Lob erhält der Senkrechtstarter der österreichischen Politik, Sebastian Kurz (ÖVP) für seine in der UN-Vollversammlung gestartete Initiative für eine vollständige Abrüstung aller Atomwaffen, die inzwischen von mehr zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten der UNO unterstützt wird. Dass sich die großen Mächte (immerhin hat sich China bei der Abstimmung in der Generalversammlung enthalten) der Initiative widersetzt haben, erscheint wenig verwunderlich. Ebenso ist es wohl bezeichnend, dass die Berichterstattung über diese Initiative und die diesbezügliche Debatte in der UNO in den deutschen Medien keinen Platz findet. Mindestens ebenso aufschlussreich ist die Tatsache, dass diese Initiative unter den 28 Mitgliedsstaaten der Friedensnobelpreisträgerin 2012 (der EU) neben Österreich gerade einmal von Irland, Malta und Zypern unterstützt wird.

Dieses handliche und zugleich sehr inhaltsreiche und dichte Büchlein ist mehr als eine kritische Analyse der Wege und Abwege der österreichischen Neutralitätspolitik. Es ist zugleich eine fundierte Kritik der europäischen Politik, die, vergleicht man ihre Diskurse mit in der Praxis ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, ganz offensichtlich doppelte Standards praktiziert und damit die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts in Frage stellt. Wer das Europa als verantwortungsvolle Friedensmacht will, kann sich dem Appell des Autors nur anschließen: „Nicht nur die Neutralen sollten laut schreien“. Diese Aufforderung gilt an erster Stelle der Friedensbewegung.

Werner Ruf

FRIEDENSBLÄTTER
Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240
für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg
www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Ostermärsche 2017:

Die Friedensbewegung kommt langsam wieder in die Puschen

Wenige Tage vor Ostern spitzte sich die ohnehin gefährliche weltpolitische Situation erneut zu. Die USA bombardierten erstmalig einen syrischen Luftwaffenstützpunkt, auf dem sich auch russische Militärs aufhielten. Leider nicht das einzige Spiel mit dem Feuer, das die letzten Monate brachten: Die Stationierung von NATO-Panzerverbänden nahe der russischen Grenze, die begonnene Modernisierung der Atomwaffen nicht nur im rheinland-pfälzischen Büchel und die 130 Milliarden Pläne für eine gigantische Aufrüstung der Bundeswehr lassen das Schlimmste befürchten. Das alles spielte bei den Ostermärschen eine Rolle und es sorgte auch dafür, dass in diesem Jahr wieder mehr Menschen als zuvor für den Frieden auf die Straße gingen.

Weltuntergangsuhr: Es ist genau zweieinhalb Minuten vor Zwölf!

Verantwortung für den Frieden, nicht für den Krieg‘ - Landesweiter Ostermarsch in Stuttgart

Der Stuttgarter Ostermarsch begann am Karsamstag um genau 5 vor 12. Roland Blach von der DFG-VK zeigte die seit 1947 tickende „Weltuntergangsuhr“ mit der genauen Zeit. Wissenschaftler, darunter viele Nobelpreisträger, analysieren jährlich die Gefahren eines neuen globalen, nuklearen Krieges. Im Januar hatten sie die Uhr um 30 Sekunden vorgestellt auf zweieinhalb Minuten vor 12!

Anschließend zog ein bunter Zug unter den Klängen der Trommler von der „Lokomotive Stuttgart“ durch die Innenstadt zum Schlossplatz. 2500 Friedensdemonstranten waren es bis zur Ankunft am Schlossplatz geworden. Das waren 1000 mehr als im letzten Jahr, ein gutes Zeichen!

Sicherheit durch Abrüstung“ - Ostermarsch in Mannheim

Obwohl sie gegen den Regen zu kämpfen hatten, zogen ebenfalls am Karsamstag in Mannheim mit 500 gleich dreimal so viele OstermarschiererInnen als im Vorjahr durch die Innenstadt über den Paradeplatz zum alten Messplatz.

Frieden braucht Mut“ in Ellwangen

Auch in Ellwangen fanden sich zum traditionellen regionalen Ostermarsch für die Ostalb mehr Teilnehmerinnen ein als im Vorjahr. Insgesamt dreihundert OstermarschiererInnen zogen mit Fahnen und Transparenten vom Bahnhof zum Fuchseck.

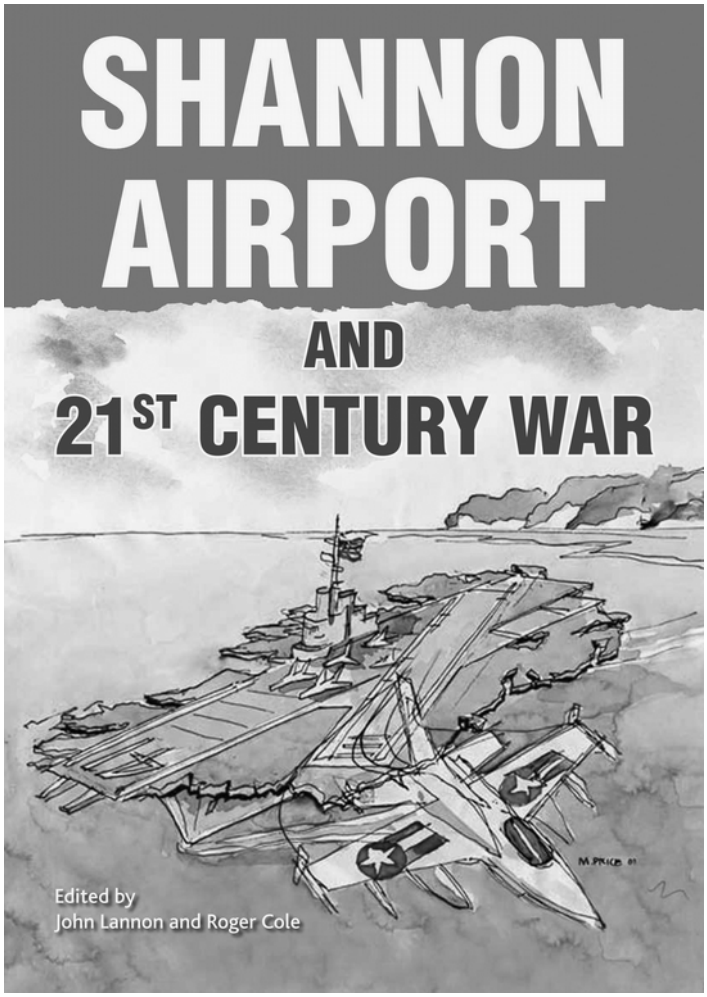
„Für eine menschliche Welt in Frieden“ - Müllheim

Die Forderung nach einer menschlichen Welt in Frieden und der entschiedene Kampf gegen Rechts – das waren auch die Themenschwerpunkte am Ostermontag in Müllheim. Der Friedensrat und der DGB Markgräflerland hatten dazu vor die Kaserne der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim eingeladen. 400 Menschen waren der Einladung gefolgt.

Der Schlossplatz füllt sich langsam: 2500 Ostermarschiererinnen und Ostermarschierer in Stuttgart – alle Fotos: Wolfgang Rüter

Internationaler Bodensee-Friedensweg in Friedrichshafen

In der Tradition der Ostermärsche für den Frieden, versammelten sich am Ostermontag in Friedrichshafen am Bodensee über 800 Menschen – so viele wie letztes Jahr im schweizerischen Romanshorn – zum bereits 9. Internationalen Bodensee-Friedensweg unter dem Motto «Von der Kriegslogik zu einer Friedenskultur». DL



Titelseite einer Broschüre (englisch), die sich mit der Nutzung des Shannon Airports in Irland durch US-Militär und CIA-Foltergefängnisse seit 2001 befasst. Dargestellt wird der seit 2008 vorhandene Widerstand hiergegen, auch vor dem Hintergrund, dass Irland kein NATO-Mitgliedsland und damit neutral ist.
Herausgeber: *Irish Anti War Movement* und *PANA (Peace and Neutrality Alliance)*
Quelle: *www.shannonwatch.org*

Internationaler Kongress zu Militärbasen und ihre Bedeutung für weltweite Kriege am 8. und 9. September 2017 in Kaiserslautern als Teil der Aktionswoche „Stopp Ramstein“

Themen und Ziele

Ohne weltweite Militärbasen wären keine Kriege möglich. Deswegen ist die Schließung dieser Stützpunkte und ihr Umbau, unter anderem zu zivilen Produktionsstätten, ein elementares Ziel der internationalen Friedensbewegung.
Dominierend sind vor allem US-Militärbasen in fremden Ländern, deren Präsenz durch Verträge mit den Stationierungsstaaten legitimiert wird. Solche Verträge sind erfolgreich kündbar, wie Beispiele aus Lateinamerika und Zentralasien aufzeigen. Auch die deutsche Bundesregierung könnte den Stationierungsvertrag für die Ramstein Air Base aufkündigen.
In der Vergangenheit gab es bereits gute Ansätze für eine weltweite Vernetzung von Bewegungen gegen Militärbasen. Diese Vernetzung wollen wir reaktivieren. Wir freuen uns auf zahlreiche internationale Gäste, die uns einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in ihren Ländern geben können und mit denen wir eine neue Zusammenarbeit zum Zwecke des internationalen Widerstands aufbauen werden.

Eröffnungsbeiträge (und Arbeitsgruppen)

Weltweite Militärbasen und ihre geostrategische Bedeutung (Ann Wright)
Die Bedeutung von Ramstein als Militärbasis
(Fee Strieffler / Wolfgang Jung)

Fallbeispiele für regionalen Widerstand

mit Vertretern u.a. aus Okinawa (Japan), Shannon (Irland), USA, Großbritanniern und Estland.

Vorstellung geplanter Aktivitäten vor Ort

aus Büchel, Jagel, Ramstein, Stuttgart (AFRICOM, EUCOM), Kalkar

Strategische Überlegungen und Planungen zum Vernetzungskonzept

Weitere Infos: *www.ramstein-kampagne.eu*

Vorankündigung: FRIEDEN GEHT! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte

Oberndorf - Kassel - Berlin

Vom 21. Mai bis 02. Juni 2018 wird ein Staffellauf gegen Rüstungsexporte und für friedliche Konfliktlösungen von Oberndorf bis Berlin stattfinden. Ein Kreis aus verschiedenen Trägerorganisationen plant, dass die Wegstrecke im Gehen und Joggen sowie als Halb- und Marathonläufe zurückgelegt wird.

Passiert werden unter anderem Furtwangen, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt, Fulda, Kassel, Eisenach, Erfurt, Jena, Halle, Magdeburg und Potsdam. Laut Umfragen sind viele Menschen in Deutschland mit den Rüstungsexporten nicht einverstanden. Der Staffellauf wird deshalb ein unübersehbares Zeichen dagegen setzen. Die Veranstalter wollen mit dieser großangelegten Aktion nicht nur Menschen aus der Friedensbewegung ansprechen, sondern auch aus viele andere Gruppierungen (wie z.B. Sportverbände und Kultureinrichtungen) erreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur von Kleinwaffen (Pistolen und Gewehre) und der fünftgrößte Rüstungsexporteur von Großwaffensystemen (Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer). Deutsche Waffen werden an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten exportiert. Mit ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen verübt und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet. Einer Umfrage zu Folge sind die Deutschen mehrheitlich der Ansicht, dass es nicht richtig ist, Waffen ins Ausland zu liefern. Deshalb fordern die Initiatoren: Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürfen nicht exportiert werden!